

## Pussycat Dolls zu sexy

Ein Konzert der R'n'B-Popgruppe Pussycat Dolls sorgte kürzlich in Subang Jaya ordentlich für Aufregung. Das Ensemble tanzte bei der ausverkauften Veranstaltung offenbar zu sexy und lasziv. Dem Organisator wurde von den Behörden eine Strafe von 10.000 malaysischen Ringgit, umgerechnet etwa 2.100 Euro, auferlegt. Laut den Behörden hätte der Veranstalter es versäumt, dafür zu sorgen, dass sich die Pussycat Dolls dem Land entsprechend anpassen. Die Band habe sexuell anzügliche Tanzbewegungen auf der Bühne gemacht und sei zu offenherzig angezogen gewesen, so der Stadt-

rat. Ob der Veranstalter das Bußgeld bezahlt, wollte ein Firmensprecher nicht bekannt geben. Angekündigt wurde aber derweil, dass, wenn die Strafe nicht bezahlt werden sollte, der Veranstalter vor Gericht gebracht wird. Bereits 2003 wurde die amerikanische Gruppe Linkin Park vor ihrem Auftritt vom Kulturministerium gewarnt, weder Shorts zu tragen, noch zu schreien oder ein unanständiges Verhalten an den Tag zu legen. Im folgenden Jahr wurde Mariah Carey aufgefordert, sich »ordnungsgemäß« anzuziehen.

gl.: AP: 9.8.2006;

## Truppenrückzug

Malaysia plant die meisten seiner 200 Mann starken Truppe aus Osttimor bis Ende August 2006 abziehen, so der Armee-Chef. Diese war nach den Unruhen drei Monate zuvor, bei denen 21 Menschen getötet wurden, entsendet worden. Straßenkämpfe, ausgelöst durch eine vorherige militärische Rebellion, hatten den Einsatz von Sicherheitskräften erforderlich gemacht, wobei es dann auf beiden Seiten zu Todesopfern kam. Bis zum 28. August 2006 sollen laut Plan alle bewaffneten Truppen das

Land verlassen haben, so der Armee-Chef im Gespräch mit der lokalen Presse. Lediglich einige Logistikexperten sollen in Osttimor bleiben, um den etwa 250 malaysischen Polizisten bei ihrer sechsmonatigen Mission zur Schaffung und Erhaltung von Stabilität und Sicherheit zu assistieren. Insgesamt war eine 3.200 Mann große internationale Friedenstruppe nach Dili entsandt worden; die meisten von ihnen stammen aus Australien, Neuseeland und Portugal.

gl.: AFP: 8.8.2006

## Sektenführer gehängt

Am 5. August 2006 wurde im Bundesstaat Selangor der Anführer einer islamischen Sekte durch den Strang exekutiert. Er wurde für schuldig befunden, den König und die Regierung unter Mahathir Mohamad stürzen zu wollen. Die Sekte hatte im Juli 2000 einen der größten Sicherheitsalarme ausge-

löst, die es in Malaysia je gab. Mitglieder hatten sich als Soldaten verkleidet und auf diese Art mehr als 100 Waffen von einem Armeestützpunkt erbeutet. Die Gruppe ergab sich nach einem viertägigen Gefecht mit den malaysischen Truppen.

gl.: Bernama: 5.8.2006

## Friedensvermittler

Die malaysische Regierung will eine Vermittlungs- und Friedenstruppe in den Libanon schicken, um dort einen Waffenstillstand zu erreichen. Das Verteidigungsministerium befindet sich bereits bei den Vorbereitungen und der genauen Einsatzplanung des Personals, der Fahrzeuge und anderer logistischer Details. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte am 12. August 2006 eine Resolution verabschiedet, um die Feindseligkeiten zwischen Israel und der Hisbollah zu beenden. Ein Mitglied der malaysischen Regierung gab bekannt, dass es bereits Gespräche mit Vertretern der Regierungen von Brunei und Indonesien bezüglich einer Kooperation bei der Friedensvermittlung gebe. Dafür sollen beide Staaten ihre Militärs zur Verfügung stellen. Malaysia selbst will ungefähr 850 bis 1.000 Soldaten in den Libanon schicken. Währenddessen haben zahlreiche muslimische Gruppen zu einem Boykott von Coca-Cola und Starbucks aufgerufen, da die amerikanische Regierung weiterhin nichts gegen die militärische Offensive Israels ausrichten will. Auch die Vereinigung muslimischer Restaurant-Besitzer will sich dem Boykott anschließen. Ihr gehören mehr als 4.000 Restaurants an. Dabei soll auf jegliche Produkte amerikanischen Ursprungs verzichtet werden. Eine ähnliche Aktion wurde schon während des amerikanischen Einzugs in den Irak im Jahre 2003 ins Leben gerufen. Laut dem Vorsitzenden der Restaurant-Besitzer-Vereinigung habe sich dies damals deutlich in den Absatzzahlen der amerikanischen Güter niedergeschlagen.

vgl.: AFP 4.8.2006; The Star 13.8.2006; Finanznachrichten 13.8.2006

nachrichten

## Korruption und Nepotismus

Der malaysische Premierminister Abdullah Ahmad Badawi versuchte bei einem Fernsehauftritt, von den Vorwürfen der Korruption und des Nepotismus abzulenken. Weiterhin äußerte er sich auch nicht konkret zu den Gerüchten, sein Schwiegersohn unterlaufe die Administration. Auf kritische Anfragen antwortete er nur sehr knapp. Der ehemalige malaysische Premierminister Mahathir Mohamad hatte einige der Anschuldigungen öffentlich zur Sprache gebracht und auch behauptet, Badawis Schwiegersohn Khairy Jamaluddin, einer der reichsten Männer Malaysias, sei der eigentliche Machthaber. Er habe lediglich mit ihm zusammengearbeitet und es gäbe keine Anzeichen für eine Machtübernahme durch seinen Schwiegersohn, so Badawi. Dieser habe auch nie versucht, das Verwandtschaftsverhältnis für seine Interessen auszunutzen. Weiterhin empörte sich Abdullah Badawi darüber, dass die Anschuldigung, er sei korrupt, hinter seinem Rücken gemacht wurde, anstatt ihn direkt damit zu konfrontieren, womit er indirekt auf Mahathir Mohamad anspielte. Neben den bereits genannten Vorwürfen wird Badawi, der auch als »Mr. Nice-Guy« der malaysischen Politik bezeichnet wird, vorgehalten, seine Politik zur nationalen Konsolidierung sei zu behutsam und er habe in seiner jetzt zweijährigen Amtszeit die wirklichen Probleme Malaysias nicht beheben können. Im Gegenteil, er schädige sogar die malaysische Wirtschaft mit seiner Politik, heißt es. Badawi selbst äußerte sich dazu nur insofern, als dass er mehr Zeit benötige, da er sich gerade erst am Anfang seines politischen Werkes befinde, und dass er sich zu weiteren Anschuldigungen nicht mehr äußern werde, da ihm sonst die Sache aus den Händen zu gleiten drohe.

gl.: AFP: 8., 14.8.2006

## Rüge für Hersteller von Babynahrung

Die Regierung von Malaysia hat gedroht, acht multinationale Hersteller von Babynahrung bloßzustellen, wenn sie weiterhin einen mit dem Staat Malaysia abgeschlossenen ethischen Code zur Förderung der Brustfütterung brechen. Der malaysische Gesundheitsminister Chua Soi Led gab bekannt, dass eben diese acht Firmen entgegen aller Abmachungen stillenden Müttern Probenahrung zukommen lassen würden. Sollten diese Firmen weiterhin auf diese Art und Weise für sich werben, soll es ihnen für ein Jahr verboten werden, neue Produkte auf dem Markt platzieren zu dürfen. Weiterhin sollen die Namen der Hersteller den Medien mitgeteilt werden, falls sie nicht kooperieren. Der Code wurde auf Empfehlung der World Health Organization (WHO) vom malaysischen Ge-

sundheitsministerium ins Leben gerufen, damit mehr Mütter ihre Kinder stillen und sie nicht zu industriell gefertigter Babynahrung greifen. Lediglich 29 Prozent aller malaysischen Mütter stillen ihr Baby mindestens sechs Monate, wie von der WHO empfohlen. Der Rest stillt höchstens einen Monat, so der Minister. Weiterhin gab er bekannt, die besagten Firmen würden sich die Namen von schwangeren Frauen besorgen und diese schon vor der Geburt mit Probenpaketen versorgen und somit die Bemühungen der Regierung, Muttermilch als beste Nahrung fürs Baby zu propagieren, untergraben. Laut Chua hielten nur vier der multinationalen Firmen den Code ein, darunter der Schweizer Lebensmittel-Konzern Nestlé.

gl.: New Straits Times: 19.8.2006

## Preise für Medikamente steigen

Die Preise der importierten Medikamente sind in den letzten zehn Jahren jährlich um circa 28 Prozent angestiegen und es zeichnet sich ab, dass dieser Trend die nächsten Jahre fortbestehen wird. Vor allem Medikamente für Diabetiker, Kontrazeptiva, Potenzmittel und Medikamente gegen hohen Blutdruck und erhöhten Cholesterinspiegel sind von den Preiserhöhungen betroffen. Der Grund für die stetigen Preiserhöhungen sind die hohen Wechselkurse der ausländischen Währungen, die explodierenden Ölpreise und verteuertes Rohmaterial. Ein Sprecher der

Pharmazeutischen Vereinigung Malaysias gab nach aufkommen den Gerüchten bekannt, dass die Vereinigung nicht an der Preisfestsetzung beteiligt sei und dass die einzelnen Pharmaunternehmen ihre eigene Preispolitik betrieben. Außerdem seien die Preise lediglich um fünf bis zehn Prozent gestiegen. Das Gesundheitsministerium will nun alle drei bis sechs Monate Daten zu den meistgekauften Medikamenten und deren Preisentwicklung sammeln und notfalls regulierend eingreifen.

gl.: The Star 15.8., 21.8.2006

nachrichten